



Der Grünspecht

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Informationen aus dem Landkreis Oldenburg
Sommer 2020

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir leben in bewegten Zeiten. Fragte man die Deutschen vor wenigen Monaten, was die wichtigste Herausforderung ist, so nannten 37 Prozent von ihnen Umwelt- und Klimaschutz.

Das Corona-Virus verändert derzeit weltweit alles und fordert unserer Gesellschaft alles ab. Wir GRÜNEN plädieren dabei für Kooperation statt Konkurrenz. Im Moment ist nicht die größte Sorge, ob man mit dem Auto oder mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt, sondern ob man morgen überhaupt noch eine Arbeit hat. Zu Recht ist akut alle Kraft darauf gerichtet, die Corona-Krise und Wirtschaftskrise einzudämmen. Aber natürlich sind die anderen Herausforderungen nach wie vor da (z.B. kriegerische Auseinandersetzungen, Flüchtlingsströme, Klimawandel, Insektensterben, Umweltverschmutzung etc.). Diesen Problemen müssen und werden wir weiterhin begegnen.

Mit dem vorliegenden Grünspecht möchten wir Sie, wie schon in den letzten zwei Jahren, über unsere politische Arbeit im Landkreis Oldenburg informieren. Über eine Rückmeldung von Ihnen freuen wir uns! Weitere Informationen gerne auf unserer Homepage: www.gruene-oldenburg-land.de

Ihnen alles Gute wünscht der grüne Kreisvorstand
Elke Szepanski, Detlef Bollmann, Kirsten Neuhaus, Jan Speidel und Helmut Rücker

Inhaltsverzeichnis

- 1 Landkreis Oldenburg
- 5 Kreistagsfraktion
- 8 Dötlingen
- 9 Ganderkesee
- 10 Großenkneten
- 11 Hatten
- 12 Harpstedt
- 13 Hude
- 14 Wardenburg
- 15 Wildeshausen

Vielfalt schützen, Zukunft retten

Allein in Niedersachsen sind etwa die Hälfte von 11.000 Tier- und Pflanzenarten bedroht, 62 % aller Wildbienenarten im Bestand gefährdet und seit 1992 sind bundesweit 14 Millionen Brutvögel verschwunden. Die Politik hat bisher alle Warnungen ignoriert, obwohl die Probleme seit über 40 Jahren bekannt sind. Wir müssen jetzt entschieden handeln - wir brauchen ein Volksbegehren, um die Politik mit Nachdruck zum Handeln aufzufordern.

Es geht nicht mehr nur um einen Artenrückgang. Wir stehen an der Schwelle, die zu unwiederbringlichen Verlusten führt – also dem Aussterben der Arten. Damit verändert sich das gesamte System und

**VOLKSBEGEHREN
ARTENVIELFALT**

www.artenvielfalt.jetzt



das Ökosystemgefüge wird instabil – mit noch unabsehbaren Folgen. WAS wir wissen ist, dass ohne Bienen und andere Insekten unsere Feld- und Obstpflanzen nicht bestäubt werden und damit keine Früchte ausbilden. In China wird bereits in Teilen von Hand bestäubt. Deutlicher kann nicht aufgezeigt werden, dass wir Menschen auf eine intakte Tier- und Pflanzenwelt angewiesen sind.

Der Konflikt zwischen Landnutzung, Umwelt und Naturschutz kann nur gemeinsam gelöst werden. Im Kern geht es um konkurrierende Landnutzungen (z.B. Landwirtschaft, Verkehr, Siedlungen, Gewerbe, Natur). Unstrittig ist, dass jemand, der Leistungen für

ARTENVIELFALT SCHÜTZEN

den Arten- und Flächenschutz erbringt, auch dafür bezahlt werden muss, z.B. ein Landwirt oder eine Landwirtin. Und zwar so, dass sie von ihrem Betrieb ordentlich leben können und nicht von Großbetrieben verdrängt werden.

Wir haben heute eine drastisch abnehmende Artenvielfalt. Gegensteuern können wir nur mit klaren Rahmenbedingungen – das ist Aufgabe der Politik. Durch das Volksbegehren werden konkrete Forderungen zur Verbesserung der gesetzlichen Entscheidungsgrundlage vorgelegt. Mit dem Erfolg des Volksbegehrens muss die Politik diese diskutieren und beschließen. Ein Wegducken kann und darf es nicht geben! Schließlich geht es um unser aller Zukunft – das indianische Sprichwort „Wir haben die Erde von unseren Eltern nicht geerbt, sondern wir haben sie nur von unseren Kindern geliehen“ ist heute aktueller denn je.



Landkreis Oldenburg

Bildung in Kindertagesstätten und Schulen – Lehren aus der Corona-Krise

Gute Kitas und gute Schulen sind systemrelevant! Auch in Krisenzeiten müssen sie als Teil der Daseinsvorsorge abrufbar sein. Dafür müssen wir sie stärken!

Wir müssen dem allgemeinen **Fachkräftemangel** an Kitas und Schulen entgegenwirken! Dazu müssen die Ausbildungskapazitäten erhöht werden und insbesondere der Erzieher*innenberuf muss attraktiver gestaltet werden u.a. durch bessere Ausbildungsqualität, bessere Fortbildungsmöglichkeiten, bessere finanzielle Ausstattung.

Die benachteiligten Kinder brauchen besonderes Augenmerk - sowohl die Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen wie auch Kinder mit Behinderungen. Individuelle Hilfen müssen sichergestellt werden können.

Auf einen engen und vertrauensvollen Austausch mit den Eltern müssen Erzieher*innen und Lehrer*innen zurückgreifen können, damit kein Kind ausgeschlossen wird. Unterstützungsstrukturen müssen verlässlich abrufbar sein. Auch Familienzentren können eine sinnvolle Hilfestellung sein.

Durch gute **Kooperation** aller Einrichtungen einer Gemeinde, die Kinder- und Jugendarbeit leisten, kann ein Netzwerk gebildet werden, das – wenn es

notwendig ist – bei der verlässlichen Betreuung der Kinder unterstützen kann.

Digitalisierung ersetzt nicht die notwendigen sozialen Kontakte des Kindergarten- und Schulbereiches! Aber in der Corona-Krise wurde uns allen die große Bedeutung der digitalen Möglichkeiten vor Augen geführt. Die technischen Voraussetzungen sowie der notwendige Zugang muss für alle Schüler*innen gegeben sein. Kein Kind darf aufgrund der Familienverhältnisse ausgeschlossen sein. Hohe Professionalität der Pädagog*innen in den Anwendungsmöglichkeiten bildet die Grundlage für eine erfolgreiche digitale Praxis.

Verlässliche Kommunikationsstrukturen zwischen Land, Landkreis und Kommunen aufzubauen, die auch in Krisensituationen die Handlungsfähigkeit der Verantwortlichen sicherstellen, ist von entscheidender Bedeutung. Die Ausführenden brauchen Zeit, Ressourcen und Orientierung, um die Handlungsanweisungen umzusetzen.

Der Verlauf der bisherigen Krise hat uns allen verdeutlicht, dass durch gemeinsames Handeln auch schwierige Situationen zu bewältigen sind. Gemeinsam können wir es schaffen!

Die Krise als digitaler Wandlungsbeschleuniger

Durch Corona erleben wir gerade einen Digitalisierungsschub. Viele Menschen nutzen jetzt Onlinesysteme – sei es eine Videokonferenz oder ein Webinar. Es ist gut, dass es schon viele handhabbare Softwarelösungen gibt und somit in dieser Zeit ein gewisses Maß an öffentlichem und privatem Raum erhalten bleiben kann.

Arbeits- und Verkehrsgewohnheiten können sich jetzt dauerhaft verändern. Damit Home Office und Home Schooling gerade auch im ländlichen Raum funktioniert, ist es wichtig gezielt den Breitbandausbau voranzutreiben. Dabei müssen wir den ökologischen Rucksack der Digitaltechnik mit im Blick haben. Die Nutzung digitaler Technik hat einen CO₂-Fußabdruck. Dies ist vielen Nutzer*innen gar nicht so bewusst, da die Endgeräte häufig relativ klein sind und nicht besonders viel Strom benötigen. Man muss genau hinsehen wann und warum etwas digitalisiert wird. Wenn statt einer Geschäftsreise eine Videokonferenz anberaumt wird, wird CO₂ vermieden, nicht aber, wenn die Videokonferenz anstatt eines Telefonats verwendet wird.

Auch wir als Partei Bündnis 90/Die Grünen loten die digitale Welt tiefer aus, zum Beispiel in Form einer Kreismitgliederveranstaltung per Videokonferenz. Und prompt stoßen wir auf die Fragen nach der Rechtmäßigkeit von unseren politischen Verfahren. Auch in den Gemeinderäten und im Kreistag wurden Abläufe und Verfahren überlegt wie Politik in Coronazeiten weitermachen kann. Und zwar in einer Gesellschaft, die immer digitaler wird und körperliche Anwesenheit nicht immer vorausgesetzt werden kann. Wie kann Öffentlichkeit gewährleistet werden? Wie bleiben Entscheidungen transparent?

Es zeigt sich deutlich, dass Digitalisierung nicht „nur“ die richtige Hardware und Software ist. Dabei sind das auch große Themen. Wir müssen aber eben auch unsere Arbeitsmethoden und -vorgehen anpassen: in Politik, in der Verwaltung, in den Schulen, auf der Arbeit, im Ehrenamt, bei unseren Freizeitbeschäftigungen. Digitalisierung ist dabei kein Selbstzweck. Es geht darum Verbesserungen für unsere Lebensumfelder zu erreichen und durch Vernetzung Entschleunigung zu erfahren. Dabei ist es unabdingbar die Gebote des Datenschutzes zu beachten. Sich genau beim Programmieren anschauen, wofür man welche Information benötigt.

Wir von Bündnis 90/Die Grünen begrüßen dabei zwei Digitalkonzepte, die aus unserer Sicht wichtig bei der souveränen Gestaltung unserer digitalen Welt sind: offene Quellen (Open Source) und offene Daten (Open Data)

Open Source bedeutet die freie Verfügbarkeit von Software-Quellcodes. Diese Quellcodes können im Rahmen von Open-Source-Lizenzmodellen unentgeltlich genutzt und verändert werden. Open Source kann nicht nur von jedem genutzt werden, sondern auch besser analysiert werden. Ist der Quellcode nicht frei zugänglich, dann ist es aufwändiger eine Software zu analysieren und gerade jetzt in „Coronazeiten“ wird schnell zu Software als Lösung gegriffen, ohne diese vernünftig zu bewerten. Beispiel: Zoom. Wir haben Zoom für unsere letzte Vorstandssitzung beim ADFC genutzt, ich persönlich aber auch mit etwas Bauchschmerzen, weil es sich um einen US-Anbieter handelt und es über Zoom auch eine Reihe an negativer Berichterstattung gab (keine richtige Verschlüsselung, Sicherheitslücken, Datenabfluss zu Facebook), so einfach Zoom auch zu nutzen ist.

Open Data sind Daten unter einer freien Lizenz und müssen maschinenlesbar sein. Es sind vor allem Daten gemeint, die in der öffentlichen Verwaltung – steuerfinanziert - ermittelt werden. Dazu gehören Umweltdaten, geographische Daten, statistische Daten, Gesetze und Verordnungen. Personenbezogene Daten zählen nicht zu diesen offenen Daten. Alle Personen können darauf zugreifen und mit diesen Daten kann ein Jeder/ eine Jede Analysen durchführen und so einen Nutzen für die Gemeinschaft erzeugen. Ohne öffentlich zu sein würden diese Daten nur bestimmten Gruppen zur Verfügung stehen – wahrscheinlich gegen Entgelt und interessengeleitet – oder sie würden schlichtweg nicht genutzt werden. Freies Arbeiten ist daher nur mit offenen Daten möglich.

Gerechte Gesundheit für alle

COVID-19 ist der Stresstest für Gesundheitssysteme weltweit. Deutschland steht zwar im internationalen Vergleich besser da als viele andere Länder, doch auch hier im Oldenburger Land treten deutliche Schwächen zutage. Die pflegerische und medizinische Versorgung steht nicht erst jetzt mit dem Rücken zur Wand. Verkehrte Anreize, sei es die Gewinnorientierung durch Fallpauschalen oder fehlende Investitionen, haben zu einer unverhältnismäßigen Belastung von Mitarbeiter*innen geführt, die die Patient*innenversorgung von einer dem Menschen zugewandten Behandlung zu einer Abarbeitung von Krankheitsfällen werden ließ.

Pflege- und Ärztopersonal gelten als Kostentreiber und wurden radikal reduziert. Der Altenpflege geht es nicht besser. Hier liegt die Bezahlung zudem bis 30% unter der Krankenpflege. Dies führt dazu, dass Pflegefachpersonen im Durchschnitt nach acht Jahren ihrem Beruf erschöpft den Rücken kehren; auch ärztliches Personal wandert zunehmend in alternative Berufsfelder ab und wird nur unzureichend ersetzt.

Tausende von Stellen sind aktuell unbesetzt. Intensivstationen mussten vor der Corona-Pandemie landesweit aus Personalmangel ihre Bettenzahl reduzieren.

Laut einer aktuellen Umfrage würden aber viele in den Beruf zurückkehren, wenn die Bedingungen sich verbessern: mehr Zeit für Patienten und bessere Bezahlung. Es ist gut, wenn aktuell für Pflegekräfte und Ärzte geklatscht wird, aber auch in der Krise muss die Gesellschaft zeigen, dass sich die Wertschätzung dauerhaft in verbesserten Arbeitsbedingungen niederschlägt.

Wir von Bündnis 90/Die Grünen setzen uns für einen grundsätzlichen Umdenken im Gesundheits- und Pflegewesen ein – weg von der Gewinnorientierung hin zu einer gerechten Gesundheit für alle. Die Beiträge der Versicherten sollen der Versorgungsqualität zu Gute kommen.

Die Sicherstellung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und gut erreichbaren medizinischen und pflegerischen Versorgung auf hohem Niveau ist ein wesentlicher Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Dieser muss unser Gesundheitssystem wieder gerecht werden. Die Ausgaben dieser Daseinsvorsorge müssen im Einklang mit den Einnahmen stehen. Überproportionale Gewinnorientierung im Gesundheitssystem steht einer gerechten und menschlichen Behandlung der Patient*innen im Weg. Über- und Unterversorgung sind bekannte Probleme unseres Gesundheitssystems und müssen gelöst werden. Eine bessere Vernetzung der stationären und ambulanten Bereiche ist dringend erforderlich. Hier hilft sicherlich auch die Digitalisierung, die in einem anderen Artikel thematisiert wird.

Wünschenswert ist die Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung. Außerdem zeigen die Erfahrungen aus der Corona-Krise, dass Medikamente etc. nicht nur in Asien, sondern auch in Europa produziert werden müssen.

Die Coronakrise kann zu neuem Denken führen und Energien freisetzen, um unser Gesundheitssystem in diese Richtung zu reformieren und zukunftsfähig zu machen. Wir freuen uns über Menschen, die mit uns dieses Ziel verfolgen.



Ausbeutung, Sozialdumping – die Wirklichkeit in Teilen der deutschen Arbeitswelt

Dass wir in einigen Bereichen des produzierenden Gewerbes ein Billiglohnland geworden sind, ist schon hinlänglich bekannt. Arbeiter*innen in Deutschland, die den Mindestlohn erhalten, können in der Regel selbst davon ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Arm trotz Arbeit. Das darf nicht sein. Wenn Menschen von der eigenen Arbeit leben können, ohne auf Transferleistungen angewiesen zu sein, bedeutet das ein großes Stück Würde und Gerechtigkeit. Arbeitseinkommen muss zum Leben und später für die Rente reichen. Das sollte wieder zur Regel werden. Wir brauchen eine „Normalisierung“ der Arbeitsverhältnisse in unserem Land. Deshalb setzen sich Bündnis 90/Die Grünen für einen Mindestlohn von 12 Euro ein. Allerdings kann das nur ein erster Schritt sein. Ein Mindestlohn ist keine Garantie gegen Armut, insbesondere im Alter. Dazu braucht es weitere Maßnahmen. Die Bürgerversicherung ist ein weiterer, notwendiger Schritt. Ebenso die Einführung einer Garantierente mit einem Niveau oberhalb der Grundsicherung.

Corona sei Dank ist ein anderer Skandal endlich in den Fokus einer breiteren Öffentlichkeit gelangt: Die Arbeits- und Lebenssituation unserer meist osteuropäischen Mitmenschen, die in vielen Bereichen als Werkvertragsarbeiter*innen für billige Produkte beschäftigt werden, ist menschenunwürdig.

In Teilen der Fleischindustrie wird moderner Sklavenhandel praktiziert. Von ihrem Verdienst als Werkvertragsarbeiter*innen werden ihnen u.a. horrenden Kosten für größtenteils menschenunwürdige Unterkünfte und für Arbeitskleidung abgezogen. Da bleibt nicht viel übrig, obwohl die Menschen

manchmal 14 Stunden am Stück arbeiten ohne ausreichende Pausen. Sie leben in Massenunterkünften, und die Betten werden in manchen Fällen pro „Arbeitsschicht“ vermietet.

Es ist schändlich, dass -wie im Falle „Corona“-erst reagiert wird, weil eine Pandemie die eigene Gesundheit gefährdet. Mittlerweile wächst die Hoffnung, dass die Bundesregierung zumindest in der Schlachtindustrie auf einem guten Weg ist. Aber wie sieht es mit den anderen Branchen aus?

Billiglöhne und Werkvertragsarbeitsverträge sichern uns Produkte zu Dumpingpreisen. Wir gehören zu den Ländern mit den niedrigsten Lebensmittelpreisen. „Geiz ist Geil“ suggeriert uns die Werbung. Und wofür das alles?

Gleichzeitig führt die billige Überproduktion dazu, dass mit dem Export der billigen Ware die lokalen Märkte z.B. in einigen afrikanischen Ländern überschwemmt und damit die Lebensgrundlage der Bauern vor Ort zerstört wird, die zu diesen Dumpingpreisen keine Lebensmittel für die eigene Bevölkerung herstellen können. Ein Beispiel dafür, warum Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.

Als Kreistagsfraktion können wir viele Missstände in der Arbeitswelt nicht ändern, weil diese Themen häufig in die Zuständigkeit von Bund und Land fallen. Im Bereich Werkvertragsarbeitnehmer*innen haben wir aber schon einige Anfragen an die Kreisverwaltung gerichtet und Anträge gestellt. Schauen Sie mal rein:

<https://www.gruene-oldenburg-land.de/kreistag/anfragen-und-antraege/>



Die Landtagsfraktion der Grünen fordert ein Bekenntnis der Landesregierung, sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen und das von der Bundesregierung beschlossene Ende der Werkverträge 2021 zu unterstützen.

Die bäuerliche Landwirtschaft braucht für den ökologisch notwendigen Wandel ein ganzheitliches Konzept!

Die Politik muss dafür am Gemeinwohl orientierte, eindeutige Rahmenbedingungen/Leitplanken vorgeben.

Vielleicht hat die Corona Krise für uns alle, neben den ganzen negativen Auswirkungen, ja auch etwas Gutes. Wir alle müssen innehalten, viele Gänge zurückschalten und das „Immer höher, schneller, weiter, intensiver“ funktioniert nicht mehr. Diese Pandemie verlangt uns viel ab und zwingt uns auch zum Nachdenken über unser Handeln. Was macht diese Krise mit uns und unserer Zukunft? Weltweite Lieferketten, gestern noch die Heilsbringer der Politik und Wirtschaft, auch in der Landwirtschaft, werden zum Problemverstärker. Brauchen wir nicht ein Mehr an regionalen Handelsbeziehungen, besonders in der Grundversorgung?

Durch das vom Gesetzgeber erzwungene, aber auch akzeptierte „Innehalten“ entsteht bei vielen Bürgerinnen und Bürgern mit begrenztem Bewegungsradius eine neue Achtsamkeit gegenüber sich und den Mitmenschen, aber auch gegenüber den Umweltbedürfnissen. Neben der Bewältigung der Corona Gefahren sind die anderen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimaveränderung, Artenschwund und 8 Grundwasserbelastung durch Nitrat, Phosphat und Chemikalien nicht vergessen. Auch diese Krisen wollen gelöst werden und die Ansätze müssen genauso vielfältig sein.

Die Bäuerinnen und Bauern fordern zu Recht für sich und ihre Arbeit mehr Wertschätzung. Sind sie

aber auch bereit, auf die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Arten-, Grundwasser- und Klimaschutz einzugehen? Sind sie bereit, auf Düngemittel und Spritzmittel zu verzichten und die Tierzahlen so zu reduzieren, dass die vorhandene Futterfläche ausreicht? Sind sie bereit, auf Sojaimport zu verzichten und dafür selber Leguminosen (Soja, Erbsen) anzubauen? Sind sie bereit, bei reduzierter Mengenerzeugung für einen angemessenen höheren Preis zu kämpfen? Und wie schaffen es die Landwirtschaftsbetriebe, Politik und Gesellschaft die Umweltleistungen über den Preis in Wert zu setzen? Wie muss die EU-Förderung umgebaut werden?

Die Bundesregierung, der Bauernverband und die Agrarlobby setzen bislang weiter auf Menge und Weltmarkt. Die Umweltverbände, Bündnis 90/Die Grünen, die AbL (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft) und die Bio-Verbände propagieren schon seit Jahren eine qualitative Entwicklung zu angemessenen Preisen für die Produzenten von Lebensmitteln, denn nur so lassen sich die gesellschaftlichen Wünsche nach mehr Artenschutz sowie Wasser- und Naturschutz nachhaltig erreichen.

Im bisherigen System von „Wachsen oder Weichen“ mit rein ökonomischer Betrachtung wollen die Wertschöpfungspartner (Handel/Genossenschaft) der bäuerlichen Landwirtschaft einen möglichst geringen Preis für ihre Rohstoffe zahlen. Damit in diesem „Hamsterrad“ eine Bäuerin, ein Bauer überleben kann, müssen sie die durchschnittlichen Stückkosten (Preis pro kg Gemüse / Getreide / Fleisch) mit immer noch mehr Menge pro Hektar/Stall senken. Artenvielfalt und Ökologie haben in diesem System keinen Platz und wenn, dann nur als Marketing-Aspekt.

Die AbL beschreibt in einem Positionspapier den Wandel der letzten 20 Jahre und schlussfolgert: „Parallel wird zunehmend sichtbar, dass diese Produktivitätssteigerungen auch negative Folgen für Natur und Umwelt haben und dass wachsende Teile der Gesellschaft die Art, wie wir landwirtschaftliche Nutztierhaltung und Ackerbau betreiben, ebenfalls sehr kritisch sehen. Fakten wie Artenrückgang, regional überhöhte Nitratwerte im Grundwasser sowie Klimaveränderungen erfordern, dass sich unsere Landwirtschaft erneut grundlegend verändern muss.“

Felderbsen – Stickstoffsammler und Futterpflanze





Die Initiative „Land schafft Verbindung“ fordert in Ansätzen diesen Veränderungsprozess bereits ein. Einige Forderungen wollen aber auch den alten Weg zementieren. Ein Großteil der Gesellschaft fordert aber ein konsequentes Umdenken, eine „achtsamere“ Landwirtschaft und ist auch bereit, dafür bei verlässlichen und überprüfbaren Rahmenbedingungen, für Lebensmittel mehr auszugeben, wie viele Umfragen belegen.

Diese Entwicklung braucht neue Rahmenbedingungen, ein politisches und gesellschaftliches „neues“ Konzept. Wird das jetzt nicht konsequent entwickelt, werden unsere Lebensmittel auch in Niedersachsen schon in naher Zukunft nur noch als Massenware von wenigen, technisch hochoptimierten Agrarfabriken /Ackerbauindustrie durch Anteilseigner (z. T. börsennotiert) und mit Billigarbeitskräften produziert. Digitalisierung ohne festgelegten Rahmen wird diesen Entwicklungspfad eher beschleunigen als umkehren und optimiert wird sie zu noch größeren Rückschlägen führen.

Was wir für eine bäuerliche Landwirtschaft mit hoher Gewichtung der ökologischen Notwendigkeiten benötigt:

1. Verlässliche Rahmenbedingungen, Kampagnen und Umbau der Förderprogramme
2. Die Inwertsetzung (der Wert der Natur für Wirtschaft und Gesellschaft) der erbrachten Umweltleistungen der **Landwirtschaft** (z.B. für extensive Landnutzung, vielfältige Fruchtfolge, Bio-Anbau, Erhalt von Hecken, Landschaftselement, Lerchenfenster, Verzicht auf Pestizide, Erhalt von Grünland, Weidehaltung, Flächenbindung der Tierhaltung, ...) und einen artgerechten

Umbau der Stallungen. Für die Finanzierung ist unter anderem die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) umzubauen, keine Flächenprämien, sondern gesellschaftliche Leistungen werden honoriert.

3. Maßnahmen für eine qualitative Weiterentwicklung der **Lebensmittelverarbeitung** und des **Groß- und Einzelhandels**.

Fair-Handelskonzept zur Inwertsetzung, MA(Mitarbeiter)-Qualifizierung sowie qualitatives Werbekonzept statt Günstig-Werbung.

4. **Verbraucher*innen**motivations- und Informationskampagnen.

5. Aufbau von Wertschöpfungsketten-**Partnerschaften** für einen gesellschaftlichen Aufbruch, wo Gesellschaft und Politik einen unterstützenden Rahmen bilden.

6. Die Politik/Kreispolitik als Motor mit Vorbildwirkung bei der Inwertsetzung.

Die Kreistagsfraktion hat nur wenige Möglichkeiten, auf die örtliche Landwirtschaft Einfluss zu nehmen. Dennoch versuchen wir mit Anträgen die Regionalität zu fördern, wie **Gesundes Essen in den Kreisschulen** und mit einem **Regionalteller in der Gastronomie**. Zur Tourismus Förderung soll hier mit der Gastronomie ein Menü vom Landwirt zum Gast entwickelt und beworben werden. Weiter haben wir einen Antrag eingebracht, dass sich der Landkreis Oldenburg als **Ökomodellregion** beim Land Niedersachsen bewirbt. Die Beratung des Antrages steht noch aus.

Alle Anträge der Grünen Kreistagsfraktion finden Sie / findet Ihr auf den Internetseiten der Kreisgrünen <https://www.gruene-oldenburg-land.de/kreistag/anfragen-und-antraege/>

Kulturlandschaft-kleinstrukturiert



Gemeinde Dötlingen

Gemeindeentwicklungskonzept für eine langfristig „gute Lebensqualität“ in der Gemeinde

In den letzten Jahren hat die Gemeinde Dötlingen immer neue Baugebiete ausgewiesen und weitere sind geplant. Davon abgesehen, dass bisher keine Diskussionen darüber stattfand, ob und wie die Gemeinde weiter wachsen will, hat dies nicht nur Auswirkungen auf die Infrastruktur, was wir z.B. gerade sehr deutlich an den fehlenden Kita-Plätzen merken, sondern auch auf Umwelt, Natur und Finanzen.

Das haben wir Grünen zum Anlass für einen Antrag genommen, die zukünftige Entwicklung der Gemeinde vorrausschauend und zukunftsorientiert zu planen. Dabei soll es nicht vordergründig um die Beantwortung der Frage gehen, ob wir weiter wachsen wollen, sondern vielmehr um das Wie:

- Wie können wir die Gemeinde zukunftsfähig gestalten und entwickeln, dass sie für alle Bewohner der Gemeinde lebenswert erhalten bleibt?
- Wie wollen wir möglichst ressourcenschonend und mit Respekt vor Kultur und der Natur zukünftig handeln und entscheiden?
- Wie müssen wir zukünftig eine gesunde (Land-) Wirtschaft und dessen Wachstum in der Gemeinde verstehen und entsprechend gestalten?

Für ein solches Gemeindeentwicklungskonzept gibt es im Rahmen des von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderten Projekts „KommN!-Kommunen handeln nachhaltig“ tatkräftige Unterstützung durch „Kommunale Umwelt-Aktion „U.A.N.“; <http://www.umweltaktion.de>

Sie begleiten interessierte Gemeinden bei der Aufbauphase ihres Entwicklungskonzeptes.

Da die Gemeinde Dötlingen mit dem Projekt „Energieeffizientes Dötlingen – Ideen für eine nachhaltige Zukunft“ schon vor mehr als zehn Jahren begonnen hat, sich mit nachhaltiger Entwicklung zu beschäftigen und in Sachen CO₂-Einsparung eine Menge getan hat, wäre es nur konsequent, auch den weiteren Wachstums- und Entwicklungsprozess nachhaltig zu gestalten und ein entsprechendes Entwicklungsmanagement aufzubauen.

So organisierten wir einen sehr guten Vortrag der Mitarbeiterinnen der „Kommunale Umwelt-Aktion U.A.N.“ im Verwaltungsausschuss der Gemeinde, in dem die sehr strukturierte und für jede Gemeinde individuell mögliche Vorgehensweise anhand guter Beispiele vorgestellt wurde. Der Vortrag und dessen Inhalte wurden mehrheitlich positiv aufgenommen.

Zu einem sinnvollen und notwendig schnellen Start für ein nachhaltiges Gemeindeentwicklungskonzept konnten sich die anderen Fraktionen leider nicht durchringen und so wurde der Start für den Anfang der nächsten Legisla-

turperiode im Gemeinderat beschlossen.

Das Wachstum in der Gemeinde zeigt uns gerade auf vielen Ebenen, dass ein „Weiter so!“ keine optimale Entwicklung in der Gemeinde bedeutet. Ein Um-/Neudenken in Politik und Verwaltung ist also erforderlich und in einem Entwicklungskonzept zu erarbeiten. Solch ein Entwicklungskonzept ist keine einmalige Aktion, sondern, wenn es langfristig wirken soll, ein kontinuierlicher Prozess, der im Gemeindeleben fest verankert werden sollte.

Ortspolitik lebt vom Einmischen und Mitmachen

Wer weitere GRÜN motivierte Ideen einbringen möchte, ist herzlich eingeladen. Je mehr Köpfe und Hände mitarbeiten, desto besser für die zukünftige Entwicklung in Dötlingen.



Harte Auseinandersetzungen mit Landwirten und bei Baugebieten

Zwei beherrschende Themen waren in Ganderkesee im vergangenen Jahr und den ersten Monaten 2020 Landwirtschaft und Baugebiete, beide in direktem Zusammenhang mit Umwelt- und Klimaschutz sowie der Lebensqualität von Ganderkeseer Bürgern. Ortsverband und Fraktion der Grünen haben in beiden Bereichen kräftig mitgemischt.

Als Reaktion auf eine im Mai 2019 veröffentlichte Pressemitteilung, in der wir mit deutlichen Worten auf die offenkundigen Schäden und Gefährdungen hingewiesen haben, welche durch die konventionelle Landwirtschaft angerichtet werden, wurden die Vertreter unserer Fraktion in der darauffolgenden Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz von den zahlreich erschienenen Landwirten beschimpft und als inkompetent und populistisch bezeichnet. Eine Eskalation wurde durch das Eingreifen der Bürgermeisterin nur knapp verhindert. Ein erstes Schlichtungsgespräch zwischen Landwirten und Grünen, moderiert von der Bürgermeisterin, brachte keine Annäherung der Positionen.

Aktuell hat die Entwicklung von Bauvorhaben eine Geschwindigkeit und Größe angenommen, welche nicht mehr toleriert werden kann. So ist es nicht verwunderlich, dass sich regelmäßig Bürgerinitiativen aus der Nachbarschaft der geplanten Vorhaben in den Entscheidungsprozess einschalten. Als weitergehenden Schritt des Bürgerprotestes haben sich im letzten Jahr mehrere Bürgerinitiativen zusammengeschlossen, um ihre Erfahrungen auszutauschen und Interessen gemeinsam zu vertreten. In unserer Fraktion finden die betroffenen Bürgerinnen und Bürger Ansprechpartner, die ihre Sorgen und Bedenken ernst nehmen und diese in die Diskussionen mit den Ratsmitgliedern und der Verwaltung einbringen.

Als radikale Maßnahme haben wir im Oktober 2019 einen Antrag formuliert, in dem wir forderten, dass sämtliche Aktivitäten zur Weiterentwicklung von Bauvorhaben eingestellt werden, zugunsten einer Denkpause, während Verwaltung und Politik gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern einen Wohnraumentwicklungsplan erarbeiten. Wie zu erwarten fand dieser Vorschlag im Gemeinderat keine Mehrheit, doch haben inzwischen mehrere Fraktionen die Idee aufgegriffen und sich dafür ausgesprochen, die Gestaltung von Baugebieten im Sinne von mehr Klima- und Umweltschutz auszurichten. Das lässt hoffen, dass sich für die Zukunft doch etwas ändern lässt und wir nicht im ewigen „Weiter so“ feststecken.

Hoffnung macht uns in diesem Zusammenhang auch, dass die seit 15 Jahren „regierende“ Bürgermeisterin angekündigt hat, 2021 nicht erneut für dieses Amt zu kandidieren. Wie schon bei der Bürgermeisterwahl 2014 werden die Grünen eine Kandidatin oder einen Kandidaten aufstellen, die/der angesichts der immer mehr ins öffentliche Bewusstsein durchdringenden Notwendigkeit eines Politikwechsels gute Chancen auf Erfolg haben sollte.

Viele Entscheidungen zu diesen und weiteren wichtigen Themen wie Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes, Baumschutzsatzung, Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans wurden aufgrund der Corona-Pandemie zurückgestellt, so dass wir einen „heißen Herbst“ erwarten.



Demnächst Ortsverband der Grünen in Großenkneten

Trotz der Virus-Einschränkungen laufen die Vorbereitungen für die Gründung eines Ortsverbandes in Großenkneten weiter. Bislang haben sich Grüne Mitglieder*innen bei der Kommunalen Alternative (KA) mit engagiert, der Mitgliederzuwachs war aber in den vergangenen zwei Jahren bescheiden. Daher wurde von einem kleinen Team im Frühjahr 2019 in enger Abstimmung mit der KA der Aufbau eines grünen Netzwerkes zur Einbindung vieler grüner Interessen diskutiert, Schritt für Schritt geplant und umgesetzt.

Das erste halbe Jahr war von monatlichen Themenveranstaltungen geprägt. Im Spätsommer gab es an einem Samstagnachmittag eine Grüne Zukunftswerkstatt. Ein Ziel war es, die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen in der Gemeinde Großenkneten zu benennen und ausführlich zu diskutieren. Daraus wurde dann der erste Leitfaden für eine Grüne Ortsgruppe entwickelt.

Das Interesse war mit 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfreulicherweise groß, so dass nach der Auftaktrunde in Kleingruppen viele Ideen für die Gemeindepolitik gesammelt wurden. Zur Vertiefung und weiteren Bearbeitung wurden vier Arbeitsgruppen - Mobilität & ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr), Klimaschutz & Nachhaltigkeit, Sozial & Miteinander, Landwirtschaft & Umwelt – gebildet.

In den Arbeitsgruppen wurde seitdem im festen Rhythmus weiter gearbeitet und alle zwei Monate wurden die Ergebnisse zusammengetragen. Dies war zum Beispiel für die Gruppe Klimaschutz & Nachhaltigkeit nach Auswertung der Ist-Daten die Forderung der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes plus Klimaschutzmanager*in für die Gemeinde (wie in Ganderkesee). Zur Motivation der Bürgerinnen und Bürger stehen im Forderungskatalog: öffentlichkeitswirksame Aktionen, Infoveranstaltungen, Mahnwachen an Aktionstagen, Nachhaltigkeitskonzept für die Gemeinde, Fairtrade Gemeinde für nachhaltigen Konsum, Repaircafes in allen Ortsteilen und einiges mehr.

Ähnliche Auflistungen gibt es für die anderen Arbeitsbereiche. Die Gruppe Landwirtschaft & Umwelt hat sich zum Beispiel intensiv mit der Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft gegenüber der Agrarindustrie auseinandergesetzt. Der Schutz des Grundwassers hat für uns einen hohen Stellenwert. Für Grüne dürfen nur so viele Tiere auf einer Fläche gehalten werden, wie es Gewässer und Böden verkraften. Artenvielfalt und Naturschutz sind Themen, die uns auch in den kommenden Jahren Beschäftigen werden. Ebenso die Themen der Gruppe Sozial & Miteinander mit Schwerpunkt in Ahlhorn, wo der ausufernde Bereich der Werkvertragsarbeiter*innen mit sklavenähnlichen Bedingungen, wie Prälat Kossen es formulierte, besonders sichtbar ist.

Wer weitere GRÜN motivierte Ideen einbringen möchte, ist zu unseren Treffen herzlich eingeladen. „Je mehr Köpfe und Hände mitarbeiten, desto besser für die zukünftige Entwicklung in Großenkneten und im Landkreis. Ortspolitik lebt vom Einmischen und Mitmachen“, so Eduard Hüfers abschließend.

Für das Grüne Großenkneten Team

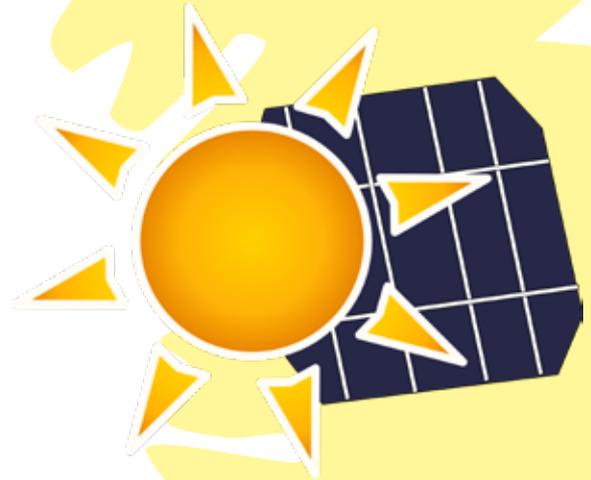
Eduard Hüfers



Klimazukunft

Unserem Antrag „Die Gemeinde Hatten möge den Klimanotstand ausrufen“ folgte der Rat nicht, sondern rief die Klimazukunft für die Gemeinde aus. Die Reise in diese Zukunft hat begonnen. Wenn man sich den Weg als Fahrradhighway nach Oldenburg vorstellt, dann sind wir am Bahnhof Sandkrug losgefahren, radeln gerade „An der Bahn“ und queren gleich den „Ginsterweg“. Der größte Teil des Weges liegt also noch vor uns. Apropos Fahrradhighway, da sind wir schon beim ersten Thema...

finden. Übrigens... Gartenbesitzer leisten durch das Setzen insektenfreundlicher Stauden oder der Anlage kleiner Blühflächen kleine, aber wertvolle Beiträge. Obstbäume auf Gemeindeflächen wären ein weiterer wertvoller Beitrag. Wir bleiben dran.



Verkehrswende: Ein Radschnellweg nach Oldenburg

Der Ausbau des „Dachsweges“ als Radschnellweg von Sandkrug über „Krusenbusch“ nach Oldenburg ist seit Jahren unser Anliegen. Die elf Kilometer bis zum Stadtzentrum sind dann per Rad in etwa 30 Minuten zu schaffen,

per E-Bike schneller. Das ist eine echte Alternative für Pendler, denn mit dem Auto braucht man zur Stoßzeit länger. Ausflügler und Touristen freuen sich auch! Gemeinsam mit der Grünen Fraktion im Oldenburger Stadtrat arbeiten wir an der Umsetzung.

Artenvielfalt: Wegeseitenränder

Grünes Land kann biologisch tot sein. Man ahnt das beim Anblick von uniformen Maisfeldern, Silagegras und Weihnachtsbaumpflanzungen. Imker wissen es, denn ihre Bienen leiden vielerorts unter Nahrungsmangel. Sie müssen deswegen sogar zufüttern! Das darf so nicht weitergehen. Deshalb benötigen wir als ersten Schritt blühende Seitenstreifen an den Äckern und kluge Pflege der Bäume und Sträucher an Wegeseitenrändern. Insekten und wildlebende Kleintiere sollen dort wieder Nahrung und Zuflucht

Saubere Energie: Solardächer

Auch im Jahr 2020 kann sich eine eigene Solaranlage auf dem Hausdach rechnen, obwohl die Einspeisevergütung stetig sinkt. Das gilt, wenn Sie Ihren Solarstrom selbst verbrauchen! Solange eine Photovoltaik Anlage nicht mehr als 10 KW Peak erzeugt, fällt auch die Abgabe für den Eigenverbrauch weg. Für Stromspeicher gibt es sogar staatliche Förderungen! Vielleicht ein Grund nochmals neu über dieses Thema nachzudenken?

Klimazukunft lebt vom Mitmachen. Neue MitstreiterInnen willkommen!

Grünen Ideenwerkstatt jeden 3. Dienstag im Monat, jeweils um 20 Uhr im Deutschen Haus Kirchhatten



Samtgemeinde Harpstedt

Neues Angebot der Grünen in der Samtgemeinde Harpstedt: Stammtisch!

Um neue Mitglieder zu aktivieren und um auf uns und unsere Arbeit vor Ort aufmerksam zu machen, haben wir Anfang des Jahres entschieden, in Harpstedt einen „grünen“ Stammtisch anzubieten. Die Premiere des Stammtisches fand am 07.03.2020 bei zwar kaltem Wetter, aber strahlendem Sonnenschein statt. Nach der parteiübergreifenden Mahnwache gegen Atom- und Kohlekraft gingen wir geschlossen zu der nahegelegenen Gaststätte Libertys und plauderten auf der Terrasse noch weiter. Zu unserer Freude waren auch Interessierte aus Bassum und Syke bei der Mahnwache anwesend und blieben auch zum Stammtisch. Eine gelungene Premiere!

Stammtisch: Jeden ersten Samstag im Monat ab 12.00 Uhr nach der Mahnwache!
(Sobald die Regeln zu Corona dies wieder zulassen)

Harpstedt



Bassum

Engagement zum Thema Mobilität

Im letzten Jahr engagierten sich u.a. die Grünen für den Bau eines Radweges an der L776 zwischen Harpstedt und Bassum. Dieser etwa 10 km lange Radweg scheint aus Sicherheitsgründen dringend geboten. Zudem trüge ein Ausbau zum Klimaschutz ganz erheblich bei. Aufgrund dieses Engagement hat sich der Landkreis Oldenburg dazu entschieden, den Bau eines Radweges zwischen Harpstedt und Bassum gegenüber der Straßenbaubehörde besondere Dringlichkeit zu verleihen.

Das ist ein schöner Teilerfolg!

Samtgemeinde Harpstedt – Nutzung regenerativer Energien

Auf Antrag der Grünen wurde im Samtgemeinderat folgendes beschlossen:

Für die Samtgemeinde Liegenschaften hat die Nutzung regenerativer Energien Priorität. Bei Neu- oder Umbauten von Gebäuden der Samtgemeinde Harpstedt wird jeweils im Einzelfall objektbezogen die Nutzung regenerativer Energien geprüft.

Noch viel zu tun in Winkelsett

In Winkelsett treffen Planfeststellungsverfahren „Tennet-Überlandleitung“ und „Flächennutzungsverfahren Windenergie Samtgemeinde Harpstedt“ zusammen. Kumulierende Wirkungen zweier getrennter Planungsverfahren werden bei der Bewertung des Landschaftsbildes nicht berücksichtigt.



Positives aus Prinzhöfte

Ein kleinerer, aber wichtiger Grünen-Erfolg ist das Erreichen der Bezuschussung zum Bau einer ökologischen Bildungs- und Begegnungsstätte (Zentrum Prinzhöfte).

Auch die Sanierung eines Gemeinde-eigenen Gebäudes - der Festsaal in Horstedt - wurde angeschoben. So kann das Gemeindeleben aktiv und lebendig bleiben.

Bei der 3. Breitband-Ausbaustufe sollen alle Haushalte angeschlossen werden.

Wir Grüne in Hude setzen uns dafür ein, dass wir Menschen während der Coronakrise fest zusammenhalten und konsequent an wichtigen Themen weiterarbeiten. Dazu zählt vor allem die Klimakrise. Wir müssen gerade auch auf kommunaler Ebene Maßnahmen ergreifen, die eine gefährliche und unkontrollierbare Aufheizung der Erde mit dramatischen Folgen für Mensch und Natur verhindern. Nichthandeln wird teurer als mutiges Vorgehen. #fighteverycrisis



Wir brauchen die Verkehrswende!

Der verfügbare Platz für den Verkehr ist nicht nur im Kernort Hude ein Problem. Bisher hat das Auto in den Planungen Vorrang, alle anderen Verkehrsteilnehmer*innen müssen sich mit dem schmalen Rest an öffentlichem Raum zufrieden geben. Das muss sich ändern! Es ist Zeit für eine Umverteilung zu Gunsten des Fuß- und Radverkehrs, für mehr Aufenthaltsqualität in unserer Gemeinde und für ein besseres Klima in mehrfacher Hinsicht.



Wir brauchen klimagerechtes Bauen!

Im Gebäudesektor wird noch viel zu viel CO₂ ausgestoßen! Wir setzen uns ein für besser gedämmte Häuser und Häuser, die ausschließlich mit Wärmequellen wie Solarthermie, Erdwärme, Holz oder Wärmepumpen gebaut werden und fordern die anderen Fraktionen auf, mit uns Wege zu gehen für mehr Klimaschutz beim Neubau und für die Entwicklung klimagerechter Baugebiete! Auch Altbauten müssen energetisch saniert werden. Eigentümer*innen alter Gebäude brauchen dafür Anreize – z.B. im Rahmen vom integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept!

Wir brauchen den Schutz der Artenvielfalt!

Die Fraktion der Grünen im Huder Gemeinderat hat beantragt, dass die Gemeinde bei Pflege und Erhalt der öffentlichen Grünflächen beispielhaft vorangeht:

- Standortheimische Blühpflanzen, Bäume oder Hecken auf allen öffentlichen Flächen und Seitenräumen unserer Feld- und Wirtschaftswege!
- Begrünung der Fassaden und Dächer öffentlicher Gebäude, wo immer möglich!
- Erhalt und Pflege des alten Baumbestandes sowie vorhandener Grünstrukturen!



Wir brauchen ein lebendiges Zentrum in Hude!

– In öffentlichen Sitzungen und Veranstaltungen mit guter Beteiligung haben wir uns ein Jahr lang mit der Entwicklung des Zentrums von Hude befasst. Wir freuen uns, dass sich die Stärkung des Radverkehrs, die Gestaltung der vier Parkanlagen und das Schaffen von Grünflächen im integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept für Hude wiederfindet und hoffen, dass viele Menschen sich gerne in Hude aufhalten werden. Viele interessierte Bürgerinnen und Bürger haben sich eingebracht. Dafür danken wir und bitten weiterhin um starke Unterstützung.

Wir brauchen vernünftige und umsichtige Haushaltsplanung!

In den vergangenen Jahren haben der Rat und die Verwaltung gegen die Stimmen der Grünen eine Haushaltsplanung betrieben – absolut unrealistisch hinsichtlich der Zeitplanung und der personellen Ressourcen wie auch des finanziellen Umfangs der Projekte! Die Verschuldung von 3,5 Mio. Euro (2016) auf 35 Mio. Euro (2024) zu treiben – wer kann das ernsthaft wollen? Die Kommunalaufsicht hat dem in diesem Frühjahr einen Riegel vorgeschoben. Die Bewältigung der Corona-Krise wird zudem ihren Tribut fordern. Was können und wollen wir uns noch leisten, um auch in Zukunft noch handlungsfähig zu sein?

Und wir brauchen einen gemeinsamen Austausch und Diskussionen,
damit wir Hude GRÜNER gestalten können. Wir freuen uns auf Euch!

Info & Termine unter: <https://www.gruene-oldenburg-land.de/ortsverbaende/ov-hude/>

Klima- und Bodenschutz

Böden bieten seit Jahrhunderten Pflanzen, Tieren und Menschen einen Lebensraum und sicheren Standort. Sie spielen eine zentrale Rolle im Umwelt- und im Klimageschehen. Dabei erfüllen sie unverzichtbare Funktionen:

Böden dienen der Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln sowie von Rohstoffen und Bioenergie; sie stellen die Grundlage für wertvolle Naturschutzgebiete dar und sind Archive der Kultur- und Landschaftsgeschichte. Zentrales Anliegen eines nachhaltigen Bodensystemmanagements muss es daher sein, unsere Böden mit ihren vielfältigen Funktionen zu erhalten – sowohl als wichtige Standorte für Acker, Grünland, Wald, Forst oder städtische Lebensräume. Böden stellen eine begrenzte Ressource dar, die durch Intensivierung der vielen Nutzungs- und Produktionsansprüche extrem belastet oder sogar unwiderruflich vernichtet werden.

Im Nordwesten sind besonders die Oberböden gefährdet. Durch Wind- und Wassererosion kann sich klimabedingt der Abtrag der wertvollen Ackerkrume verstärken und die in Jahrtausenden bis Jahrmillionen entstandenen fruchtbaren Oberböden vernichten. Im Landkreis Oldenburg zeugen im Frühjahr zahlreiche Staubfahnen von der Erosion der Ackerflächen. Fehlende Feldraine, Knicks, Wallhecken, etc. verstärken diesen Effekt enorm. Außerdem lässt sich derzeit nicht annähernd einschätzen, wie sich genetisch veränderte Gärreste aus inzwischen über 80 Biogasanlagen im Landkreis Oldenburg auf die Mikroorganismengemeinschaften und die Biodiversität im Boden auswirken. Ebenso setzen Schadstoffe, Pflanzenschutzmittel, wie Herbizide, Fungizide und Pestizide den belebten Oberböden zu. Gesunde Böden beherbergen eine Vielfalt an Bodenorganismen. Gehen diese verloren, sinken Bodenqualität und Bodenfruchtbarkeit.

Ein anderes großes Problem sind die spürbaren, klimabedingten Veränderungen, die nicht mehr übersehbar sind. Die Böden (Natur und Umwelt) leiden

im dritten Jahr in Folge an Trockenheit und Wassermangel.

Neben dem bereits erwähnten hohen Flächenbedarf und der damit verbundenen Flächenkonkurrenz für die Nahrungsmittel- und Energieproduktion sind direkte Folgen für die Böden nicht mehr zu verhindern.

Die Zukunft unserer Böden liegt zu einem großen Teil in den Händen der Landwirtschaft und deren Umgang mit unseren Böden. Es bleibt zu hoffen, dass ein Umdenken stattfindet und der Ausbau der agrarindustriellen Landwirtschaft nicht weiter vorangetrieben wird.

Wenn der Humus verschwindet, bekommen wir ihn Jahrtausende nicht zurück, so Florian Schwinn in seinem neuen Buch „RETTET DEN BODEN“.



Wussten Sie schon?

- Damit sich ein Zentimeter fruchtbarer Boden bildet, vergehen zwischen 100 und 300 Jahre.
- Dass in Deutschland die Biomasse der Insekten seit 1990 um über 75 Prozent gesunken ist.
- Dass die Anzahl der gesamten landwirtschaftlichen Betriebe im Landkreis Oldenburg in den letzten 50 Jahren von 4500 auf 1000 (Stand 2016) gesunken (ca 80%) ist.
- Dass eine 100 Jahre alte Buche jedes Jahr 4.600 kg Sauerstoff produziert, wovon 13 Erwachsene über ein Jahr lang atmen können.

In der Wachstumsfalle: Wildeshausen West und kein Ende

Seit vielen Jahren plant Wildeshausen ein Industriegebiet im äußersten Zipfel des Stadtgebietes an der Auffahrt der A1 Wildeshausen West. Eine weiträumige Planung scheiterte am Veto des Landkreises. Seit 2016 wird auf Druck der wirtschaftsnahen Ratsparteien CDU/CDW und SPD eine reduzierte Variante verfolgt. Vorgeblich soll hierigen Firmen Erweiterungen ermöglicht werden. Tatsächlich hat Wildeshausen ein Flächenproblem, aber so ist es aus Sicht der GRÜNEN nicht zu lösen. Als Kern des Problems sehen wir Wachstumspolitik um jeden Preis. Wohin soll dieses „immer mehr“ führen? Die Ressourcen sind begrenzt, eine Antwort haben die Wachstumsvorbeter nicht.

Die geplante Fläche besteht aus einem artenreichen, aufgelassenen Campinggelände, in großen Teilen aus Mischwald und Nadelgehölzen. Ein solcher Eingriff in die Natur ist gründlich abzuwägen und nur durch schwerwiegende Gründe zu rechtfertigen. Zwar sind Ausgleichsmaßnahmen vorgeschrieben, aber abgesehen von deren oft fragwürdiger Umsetzung sind im Zeichen des Klimawandels mehr Wälder notwendig, statt prekärer Kompensation von Naturvernichtung.

Die Interessen diverser Eigentümer der Flächen müssen ausgeglichen werden. Kaufverhandlungen der Stadt stießen auf Schwierigkeiten, die Preisforderungen schnellen in die Höhe. Mit dem Einstieg eines vermeintlich potenten Investors sollten diese Probleme gelöst werden. Kläglich versackte dieser Vorstoß in einer Insolvenz. Der Unternehmer plante, auf einem Großteil des Gebiets einen Autohof zu errichten. Sind das berechnete Interessen alteingesessener Firmen? Nein, das ist Ökonomie von vorgestern, das bedeutet Zementierung klimafeindlicher Verkehrsinfrastruktur und schafft allenfalls prekäre Beschäftigung! Aktuell ist ein neuer Investor mit ähnlichen Plänen aufgetreten; fatal für unsere Zukunft, sollte dieses Szenario wahr werden.

Vorteile für die Stadt?

Die Stadt träumt von erheblichen Gewerbesteuerereinnahmen. Durch die teure Erschließung, hohe Flächenpreise, drohende Klagen und ein schwer kalkulierbares Sandabbauvorhaben geht sie jedoch große Risiken ein. Konkret ist die Realisierung kaum absehbar. Wenn Zeit und Kosten davonlaufen, drohen subventionierte Flächen an die Fleischindustrie, an Speditionen und andere klima- und sozialpolitisch problematische Betriebe verramscht zu werden. In der Bilanz der Stadt könnten höhere Folgekosten als Einnahmen stehen.

Die Verlagerung von stadtnahen Betrieben in die freie Landschaft ist auch verkehrspolitisch fragwürdig. Sollten etwa Belegschaften mit 200 Mitarbeiter*innen umziehen, bedeutet dies in unserem Fall ein zusätzliches Aufkommen von rund 500.000 Auto-km jährlich.

Anstelle der ruinösen Konkurrenz zwischen den Kommunen um Gewerbeflächen und Steuern fordern wir eine regionale Planung industrieller Entwicklung, die neue Arbeitsplätze dort entstehen lässt, wo alte verloren gehen.



Für Ökologie, Gerechtigkeit und Demokratie

Über uns – Bündnis 90/Die Grünen im Landkreis Oldenburg:

„Für Ökologie, Gerechtigkeit und Demokratie“ dafür setzten wir uns in allen Landkreisgemeinden in den Gemeinderäten und im Kreistag ein. Grüne Mitglieder und Interessierte treffen sich regelmäßig in den Gemeinden. Auf Kreisebene finden die Treffen immer am ersten Dienstag im Monat in Kirchhatten statt. Vielleicht hast Du Lust vorbei zu kommen?

Weitere Info unter
<https://www.gruene-oldenburg-land.de>
oder in der Kreisgeschäftsstelle.

Grüne Jugend in Oldenburg Stadt und Landkreis

Ihr seid engagiert, wollt etwas verändern oder euch einfach mal mit anderen jungen Menschen über grüne Themen austauschen? Dann schaut gerne bei uns vorbei.

Treffen jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 18:00 Uhr in der Geschäftsstelle des Grünen Stadtverbands (Friedensplatz 4 in Oldenburg) und auf Absprache im Landkreis Oldenburg.



Wohnungsbaugenossenschaft Wardenburg und Umzu

In der Gemeinde Wardenburg gibt es eine Initiative zur Gründung einer Wohnungsbaugenossenschaft.

Das Ziel ist die Errichtung von bezahlbarem Wohnraum (ab 5.60 €/m²) für Menschen mit einem kleinen Einkommen.

Die Grünen unterstützen das Projekt nachdrücklich und arbeiten in der Initiative mit (alternativ: haben die Initiative [mit] ins Leben gerufen).

In einem Wardenburger Neubaugebiet besteht die Möglichkeit, bis zu vier Mehrfamilienhäuser mit 20 Wohneinheiten zu bauen.

Sie sollen mindestens zur Hälfte nach den Kriterien des sozialen Wohnungsbaus erstellt werden. Dafür ist mit

Kosten von 4 Mio € zu rechnen. Davon sollten mindestens 25 % Eigenkapital sein.

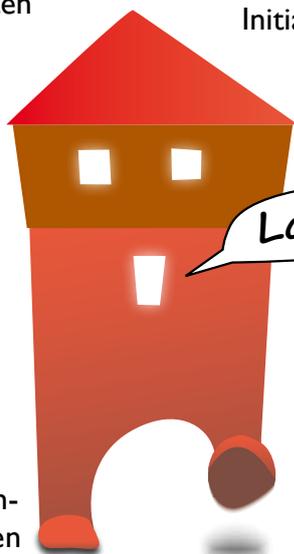
Das Projekt kann gelingen, wenn möglichst viele Interessierte einen Anteil (ab 500 €) zeichnen und damit nicht nur eine – zwar gering verzinste, aber dafür – gute Geldanlage haben, sondern auch zeigen, dass sie

solidarisch zu ihrer Gemeinde stehen und einen aktiven Beitrag für eine lebenswerte Gemeinschaft in ihrer Nachbarschaft leisten wollen.

Bis Mitte Juli sollen u.a. über Flyer und Infostände zukünftige Genossenschaftler geworben werden. Gelingt es, die nötige Zahl zu erreichen, soll die „Wohnungsbaugenossenschaft Wardenburg und Umzu“ Mitte September gegründet werden.

Wenn das Projekt realisiert werden kann, könnte es auch ein Modell für den ganzen Landkreis Oldenburg werden.

Die Grünen unterstützen auch diese Idee nachdrücklich!



Los geht's!

IMPRESSUM

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ortsverband Oldenburg Land
Vertretungsberechtigte/r:
Birte Wachtendorf
Friedrichstraße 4a, 27798 Hude
V.i.S.d.P. Detlef Bollmann

www.gruene-oldenburg-land.de